

11. September 2019

Beschlussantrag

Der Fraktionen SP, Grüne, AL und der parlamentarischen Gruppe EVP

Dem Gemeinderat wird beantragt, eine Resolution mit folgendem Wortlaut zu verabschieden:
«Die Stadt Zürich ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüssen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern den Bundesrat zum Beitritt auf.»

Begründung:

Siedlungszentren sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und müssen sich in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Aus diesem Grund hat die Friedensnobelpreisträgerin ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) den Städteappell lanciert. In der Schweiz unterstützen aktuell die Städte Genf und Bern den Appell. Die Stadt Zürich ist bereits Mitglied des Netzwerks «Mayors for Peace», das die nukleare Abrüstung fordert. Da ist es nur folgerichtig, jetzt diese konkrete und aktuelle Kampagne für ein Verbot von Atomwaffen zu unterstützen.

Der UN-Vertrag würde den Einsatz, die Androhung des Einsatzes, die Herstellung, die Lagerung, den Erwerb, den Besitz, die Stationierung, die Weitergabe sowie Tests von Atomwaffen verbieten, ebenso die Unterstützung dieser verbotenen Tätigkeiten. Das wäre ein grosser Schritt hin zu einer nuklearen Abrüstung. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald ihn 50 Staaten ratifiziert haben. Bis 1. Juli 2019 haben 23 Staaten diesen Schritt vollzogen.

Der Bundesrat will den Vertrag bislang nicht unterschreiben, obwohl National- und Ständerat 2018 eine Motion überwiesen haben, die genau das fordert.

